



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-4131 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 73 75 07  
Fernschreib-Nr. 111800  
DVR: 0090204

Zl. 5906/11-Info-88

1852 IAB  
1988 -05- 10  
zu 1866 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der  
Abg. Heiß und Genossen vom 15. März 1988,  
Nr. 1866/J-NR/88, "Befreiung von der  
Telefongrundgebühr für sprachbehinderte  
Menschen"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die einschlägigen Befreiungsbestimmungen der Fernmeldegebührenordnung, eine Anlage zum Fernmeldegebührengesetz, legen den aus Gründen einer körperlichen Behinderung anspruchsberechtigten Personenkreis taxativ fest. Im Hinblick auf die bestehende Rechtslage ist daher dem von Ihnen angesprochenen Personenkreis nur dann eine Gebührenbefreiung zu gewähren, wenn er nach den sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen dem Kreis der "hilflosen Personen" zugezählt werden kann.

Wien, am 29. April 1988

Der Bundesminister

Streicher eh.